

Die Verbände der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft verfassten am 27. Mai ein umfassendes Schreiben

Gerichtet war es an die Regierungsparteien und Fraktionen des Landes Niedersachsen

Gemeinsam haben die Verbände der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft in Niedersachsen (Berufsverband Discjockey e.V., Deutscher Schaustellerbund e.V., FAMAB Kommunikationsverband e.V., Initiative der Veranstaltungswirtschaft e.V., KlubNetz Verband der niedersächsischen Konzertkulturschaffenden e.V., VPLT - Verband für Medien- und Veranstaltungstechnik e.V.) am 27. Mai 2021 ein umfassendes Schreiben an die Regierungsparteien und Fraktionen des Landes Niedersachsen versendet.

Die daran beteiligten Verbände und Vereine fordern die Niedersächsische Landespolitik zur Einbindung der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft in die Ausarbeitung kommender Corona-Verordnungen auf, damit alle Veranstaltungsformen letztlich auch Berücksichtigung finden.

Die Beteiligten fordern hierzu in ihrem Schreiben konkrete Veränderungen der Verordnungen:

- Schaffung konkreter Perspektiven in den Verordnungen für alle Inzidenzstufen
- Die Definition von Genehmigungsbedingungen für zulässige Veranstaltungen
- Die Berücksichtigung des zu erwartenden Impffortschritts in künftigen Verordnungen
- Die Verbesserung der Kontaktnachverfolgung via App

Zudem haben die o.g. Beteiligten gemeinschaftlich Problemfelder aufgelistet, die durch Verordnungen aus verschiedenen Gründen nicht erfasst werden können und im gemeinsamen Gespräch mit dem Ministerium für Gesundheit und Soziales auf Arbeitsebene zu klären wären.

Die Unterzeichner möchten weiterhin zu bedenken geben:

“Ohne den praktischen Bedarf und die Perspektive einer/eines Veranstalters:in zu kennen, laufen wir Gefahr, die Festivals im Sommer zu verlieren. Wir brauchen jetzt einen klaren Plan unter Einbeziehung der Veranstaltenden, der auch Tanz-Veranstaltungen durchführbar macht“, so Johannes Teller von KlubNetz e.V.. Auch Gunnar Geßner von KlubNetz e.V. erklärt: “Wir haben digitale Möglichkeiten der Kontaktverfolgung, diese brauchen jetzt auch eine klare Regelung in der Verordnung, um deren Vorteile auch mit Blick auf den Datenschutz und die Anwendungspraxis bei Veranstaltungen auszuschöpfen.”

“Die praktischen Umsetzungsmöglichkeiten bleiben auf der Strecke, wenn die

Gesundheitsämter das Risiko der Entscheidung tragen - wir brauchen daher klare Vorgaben für genehmigungspflichtige Veranstaltungen, dann können unsere Veranstaltungen auch durchgeführt werden“, so Thorsten Meyer von der IVW e.V. (i.G.).

Dirk Wöhler vom BVD e.V. äußert sich mit viel Unverständnis: “Ich betreibe mittlerweile einige Test-Zentren und wir fischen andauernd die positiven Fälle raus. Mit diesen Möglichkeiten der Teststrategien sind Veranstaltungen definitiv möglich - auch diese Möglichkeiten müssen berücksichtigt werden.”

Auch im Bereich der wirtschaftlichen Veranstaltungen müssen Planungen starten können. So gibt Jan Kalbfleisch vom FAMAB e.V. zu bedenken:

“Die aktuellen Verordnungen schaffen keine langfristige Planungssicherheit, die Frage der Durchführbarkeit muss jetzt geklärt werden, damit Planungen verbindlich aufgenommen werden können. Mit den stetig sinkenden Inzidenzen müssen vom Verordnungsgeber auch Szenarien ohne zusätzliche Schutzmaßnahmen geplant werden. Denn letztlich wirkt sich jede Schutzmaßnahme erheblich negativ auf die Rentabilität von Veranstaltungen aus. Private Veranstalter:innen können das auf Dauer nicht leisten.”

Auch die Schaustellenden suchen nach einer Perspektive, so Kevin Kratzsch vom DSB e.V.: “Temporäre Freizeitparks retten uns vielleicht durch die Überbrückungszeit, wir brauchen jetzt allerdings ein Signal, wann wir auch ein Festzelt aufbauen können, damit wir Hoffnung verbreiten und nicht aus Angst vor wirtschaftlichen Verlusten weitere Absagen hinnehmen müssen.”

„Seit Monaten drängen wir auf die Klärung, was es heißt, wenn wir eine Inzidenz von 0 haben. Auch die neue Verordnung weist massive Schwachstellen auf, eine Inzidenz von unter 10 kann nicht wie über 35 behandelt werden! Seit einem Jahr bieten wir, auch in Niedersachsen, nahezu rund um die Uhr fundierte Unterstützung an, doch immer wieder liest es sich, als wären all diese Papiere und fachlichen Ausarbeitungen, nicht durchgedrungen.“ bemängelt Helge Leinemann für den VPLT.

Die beteiligten Institutionen hoffen, mit dieser Initiative Gehör zu finden, um den seit über 15 Monaten andauernden Lockdown für Deutschlands sechstgrößte Branche in absehbarer Zeit beenden zu können.

www.famab.de